

Resolution

verabschiedet auf der Frühjahrsplenartagung
des Bundeselternrates in Porta Westfalica
03. – 05. Juni 2005

Bildungsverantwortung im Föderalismus der Bundesrepublik

Der Bundeselternrat fordert eine zwischen Ländern und Bund vereinbarte bundespolitische Rahmengesetzgebung, die von den Ländern in ihrer föderalistischen Verantwortung ausgefüllt und gestaltet werden kann – wobei auch die regionalen Besonderheiten berücksichtigt werden können.

Wir brauchen in Deutschland eine gemeinsame Verantwortung von Ländern und Bund und einen gesellschaftlichen Konsens, in dem es um die Inhalte von Bildung und Erziehung geht. Gemeinsam muss die Frage beantwortet werden, wer die Verantwortung für welche Aufgaben am sinnvollsten übernehmen kann. Das Ganztagserschulprogramm ist ein Beispiel für die Übernahme der gemeinsamen Verantwortung in der Verbesserung unseres Bildungssystems.

Deshalb fordert der Bundeselternrat eine gemeinsame Anstrengung und Verantwortung der gesamten Gesellschaft, die Fragen der Gestaltung von Erziehung und Bildung aus der parteipolitischen Beliebigkeit zu befreien. Erziehung und Bildung sind auf Kontinuität und Zuverlässigkeit angewiesen.

Die Bund-Länder-Kommission kann die Basis für einen Bundesbildungsrat sein, in den auch Eltern, Wirtschaft und Verbände gleichberechtigt einzubeziehen sind. Dort könnte zum Beispiel das Modell des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) für die Reform der Lehrerbildung „Kindern Flügel verleihen“ als Grundlage einer gemeinsamen Lehrerbildung aufgenommen werden. Der Bundeselternrat fordert die Universitäten und Hochschulen auf, Erkenntnisse aus den PISA-Studien unverzüglich umzusetzen. Hierzu ist es vor allem notwendig, die Schwerpunkte der Arbeit aller pädagogischen und didaktischen Lehrstühle in Deutschland an den Erfordernissen von Bildung und Erziehung der Kinder aller Altersgruppen auszurichten.

Die Unterschiede zwischen den Ländern, die eine Mobilität von Familien behindern, müssen überwunden werden!

Besonders dringlich ist aus der Sicht der Eltern, dass Länder und Bund die gemeinsame Verantwortung für

- Lehrerbildung
- Kerncurricula
- Bildungsmindeststandards
- Qualitätssicherung

übernehmen und gestalten.

Bei 5 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen angenommen.

Porta Westfalica, 05. Juni 2005



Wilfried W. Steinert
- Vorsitzender -